

Bericht und Antrag des Regierungsrats an den Landrat

22. April 2008

Nr. 2008-217 R-151-29- Bericht und Antrag des Regierungsrats an den Landrat zu einem kinder- und jugendpolitischen Leitbild für den Kanton Uri

Ausgelöst durch ein vom Landrat am 16. November 2005 überwiesenes Postulat von Landrat Leo Brücker, Altdorf, und gestützt auf den Grundlagenbericht vom 22. April 2008 zu einer Kinder- und Jugendpolitik Uri unterbreitet der Regierungsrat dem Landrat seine Vision und sein Leitbild zur Kinder- und Jugendpolitik im Kanton Uri.

1 Zur Situation der Kinder und Jugendlichen in Uri

Umfragen und Ergebnisse von Hearings zeigen, dass sich die Kinder und Jugendlichen mit ihrer Wohngemeinde und dem Kanton Uri identifizieren und sie sich hier im Kanton Uri im Allgemeinen wohl fühlen. Dies stimmt zuversichtlich. Die Ergebnisse machen aber auch deutlich, dass Kinder und Jugendliche mitwirken wollen, Probleme erkennen und Wünsche haben.

Verschiedene Gemeinden haben in den vergangenen Jahren ihre Aktivitäten zur Kinder- und Jugendförderung verstärkt. In den Gemeinden wird einiges unternommen, um den Kindern und Jugendlichen optimale Entfaltungsmöglichkeiten und ein attraktives Umfeld zu bieten. Die Situationsanalyse legt aber auch offen, dass es Lücken gibt und dass grosse Unterschiede in der Einschätzung der Bedürfnisse und im Angebot zwischen den einzelnen Gemeinden bestehen. Auch auf kantonaler Ebene wurden verschiedene Anstrengungen unternommen.

Die demografische Entwicklung stellt für den Kanton Uri eine der grossen Herausforderungen für die Zukunft dar. Diese wird sich nebst den grundsätzlichen und wirtschaftlichen Folgen insbesondere auch auf die Stellung der Kinder und Jugendlichen in einer alternden Urner Gesellschaft auswirken.

2 Vision: Uri als ausgesprochen kinder- und jugendfreundlicher Kanton

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft Uris. Der Regierungsrat will, dass sich Uri zu einem ausgesprochen familien-, kinder- und jugendfreundlichen Kanton entwickelt. Die zentrale Erziehungsverantwortung tragen Eltern und Erziehungsberechtigte. Dem nahen Erziehungsumfeld und den Gemeinden kommt eine Hauptrolle zu. Der Kanton unterstützt Gemeinden und private Institutionen und übernimmt auch eigene Aufgaben.

Die zukünftige Kinder- und Jugendpolitik soll sich an folgenden Leitzielen orientieren:

Identität und Persönlichkeitsentwicklung

Kinder und Jugendliche werden auf dem Weg zu ihrer Persönlichkeit und zur Gemeinschaft begleitet. Das Erziehungsumfeld unterstützt und fordert sie dabei. Es stehen genügend kinder- und jugendgerechte Freiräume und Angebote zur Verfügung.

Eigenverantwortung und Lernfähigkeit

Kinder- und Jugendarbeit setzt soziale und kulturelle Ziele und fördert damit die Entwicklung, Sozialkompetenz, Lernfähigkeit, geistige Beweglichkeit und Selbstverantwortung.

Freizeit und Lebensgestaltung

Kinder- und Jugendarbeit unterstützt durch ihr Angebot eine sinnvolle Freizeit- und Lebensgestaltung. Sie leistet damit zugleich einen wichtigen Beitrag zur Bewegungs- und Gesundheitsförderung und zur Sucht- und Gewaltprävention.

Integration und Chancengerechtigkeit

Kinder und Jugendliche erhalten unabhängig vom geografischen, sozialen, kulturellen oder schulischen Hintergrund gleichwertige Chancen. Risikogruppen sollen frühzeitig beachtet und unterstützt werden.

Partizipation und Angebot

Kanton und Gemeinden sind offen für Kinder- und Jugendanliegen. Sie bieten attraktive Rahmenbedingungen für die Mitwirkung. Kinder und Jugendliche werden aktiv in Alltagsentscheide miteinbezogen. Gemeinden helfen, Ideen und Angebote situations- und bedürfnisgerecht umzusetzen.

Respekt und Toleranz

Die Gesprächskultur auf den verschiedenen Ebenen ist von Respekt und Toleranz zwischen und unter den Generationen gekennzeichnet.

Vernetzung und Synergien

Kinder- und Jugendarbeit wird zwischen privaten, kommunalen, regionalen, kantonalen Trägern und Institutionen vernetzt. Dabei tragen Eltern und Erziehungsberechtigte zentrale Erziehungsverantwortung, alle Erwachsenen eine Vorbildfunktion. Die Kinder- und Jugendpolitik stärkt das Erziehungsumfeld, ist Teil einer umfassenden Familienpolitik und ist koordiniert mit der Gesamtpolitik.

3 Konkrete Massnahmen

Der Regierungsrat wird in der kommenden Legislaturperiode prüfen, ob neue rechtliche Grundlagen für die zukünftige Kinder- und Jugendpolitik zu erarbeiten sind.

Unabhängig davon sollen die bestehenden Angebote weitergeführt und neue ergriffen werden. Dabei sind etwa folgende Massnahmen zu empfehlen:

Die zutreffenden Behörden bzw. gesellschaftlichen Kreise, Vereine oder Einrichtungen auf Stufe der Gemeinden:

- bezeichnen eine verantwortliche Stelle für Kinder- und Jugendpolitik,
- analysieren die Situation in ihrer Gemeinde und verstärken ihre Kinder- und Jugendpolitik,
- sorgen für die notwendige Information und Koordination der Angebote in ihrer Gemeinde,
- fordern Kinder und Jugendliche auf, Projekte und Ideen zu formulieren und lancieren daraus Projekte, an denen sich Kinder und Jugendliche beteiligen können,
- unterstützen Vereine, die sich speziell der Kinder- und Jugendförderung widmen,
- beteiligen sich aktiv an nationalen und kantonalen Angeboten und Kampagnen beispielsweise im Bereich der Gesundheitsförderung, Sucht- und Gewaltprävention und Integrationsprojekten,
- stellen ihre gemeindeeigenen Infrastrukturen zur Verfügung,
- verstärken gemeinsam die offene Jugendarbeit.

Der Kanton unterstützt die Gemeinden in ihrer Kinder- und Jugendarbeit. Er

- informiert über Kinder- und Jugendpolitik und betreut das Jugendwebportal www.jugendnetzuri.ch,
- koordiniert die Kinder- und Jugendpolitik überkommunal und verwaltungsintern,
- prüft die Kinder- und Jugendverträglichkeit politischer Vorlagen,
- organisiert Weiterbildungstagungen und unterstützt den Austausch unter Gemeinden,
- gewährt Beiträge an innovative Projekte,
- unterstützt wiederkehrende kantonale oder regionale Angebote (Sport-, Ferienpass, Jugendparlament usw.),
- unterstützt gemeindeübergreifende Initiativen,

- führt eigene Fachstellen (Integration, Kinderschutz),
- schliesst Programmvereinbarungen mit überregionalen Institutionen und Leistungsträgern ab (Fachstelle Gesundheitsförderung und Prävention, Familienfragen, ferner Kinderheim, Sozialberatungszentrum usw.),
- unterstützt Präventions- und Gesundheitsförderungsprogramme (Momänt, Jugendschutz veranstalten, Gesundes Körpergewicht, TIP-Brennpunktarbeit usw.),
- unterstützt ergänzend zu J+S die Sportvereine in der Jugendförderung und koordiniert und unterstützt das Kindersportprogramm J+S Kids,
- unterstützt Träger der Elternbildung und der Integration.

Schliesslich wird der Regierungsrat vertieft prüfen, ob es Sinn macht, eine Stelle zu schaffen, in der die Bereiche Kinder-, Jugend-, Familienfragen und Integration ganzheitlich bearbeitet werden. Dies um die Gemeinden in ihren Bestrebungen in diesen Bereichen gezielt unterstützen zu können.

4 Antrag

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Das Leitbild des Regierungsrats und der Grundlagenbericht zu einer Kinder- und Jugendpolitik im Kanton Uri werden zur Kenntnis genommen.
2. Das Postulat Leo Brücker, Altdorf, zu einem kinder- und jugendpolitischen Leitbild für Uri wird als materiell erledigt abgeschrieben.

Anhang

- Grundlagenbericht zu einer Kinder- und Jugendpolitik im Kanton Uri